



Pressemitteilung

Andreas Richter
Vorsitzender
Schafheckenweg 5
0160 928 32 619

Michael Friedt
Stv. Vorsitzender
Knosbergstraße 15
admin@michael-friedt.de

Höchst, den 01.02.2016

**Haushaltsrede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Andreas Richter,
Haushaltsberatung der Gemeinde Höchst im Odenwald am 1.2.2016.
Haushalt der Gemeinde Höchst für das Jahr 2016**

Sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindevertretung,
Sehr geehrter Herr Gemeindevertretervorsitzender Schwinn,
sehr geehrte Herren des Gemeindevorstands,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Bitsch,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

zu Beginn meiner letzten Haushaltsrede in der Legislaturperiode 2011- 2016 möchte ich auch diesmal den Damen und Herren der Gemeindeverwaltung, insbesondere Herrn Verwaltungsbetriebswirt Koch sowie den weiteren Budgetverantwortlichen und nicht zuletzt Herrn Bürgermeister Horst Bitsch für die frühe Einbringung des Etats 2016 im Dezember 2015 danken. Bedanken möchte ich mich auch dafür, dass im Vorfeld der Beratungen zum Haushalt 2016 der SPD-Fraktion in einzelnen Treffen die Möglichkeit gegeben wurde, Fragen zu klären, Wünsche zum Etat 2016 zu äußern und diese Wünsche dann auch im Etat berücksichtigt zu sehen. Dies war unter Bürgermeister Horst Bitsch übrigens in allen Jahren so; vielen Dank für diese kooperative und konstruktive Zusammenarbeit.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2016, so wie auch den vergangenen Haushalten dieser Legislaturperiode, wieder ihre Zustimmung geben. Zwar weist der Ergebnishaushalt weiterhin einen Fehlbedarf von rund 260.000 Euro auf; ordentlichen Erträgen und Finanzerträgen in Höhe von rund 19,53 Millionen Euro stehen ordentliche Aufwendungen und Zinsaufwendungen in Höhe von rund 19,79 Millionen gegenüber. Dabei schlägt der Zinsdienst alleine mit rund einer halben Million Euro zu Buche. Trotz allem und obwohl dieser Umstand weiterhin eine sparsame Haushaltspolitik erfordert, ist es aber in den letzten Jahren gelungen, den Fehlbedarf zu reduzieren und trotzdem wichtige Vorhaben in der Gemeinde zu realisieren. Die Zahlen machen aber auch deutlich, dass weitere Anstrengungen nötig sind. So konnte zwar in den letzten Jahren auch der Schuldenstand reduziert werden, allerdings nicht in größerem Rahmen, dafür spricht auch der weiterhin hohe Zinsdienst. Gegenüber 2013 sanken die Schulden um rund 300 Tsd. Euro, gegenüber 2014 nur marginal um rund 30 Tsd. Euro und betragen immer noch 10,77 Mio. Euro. Während die Gemeinde Schulden und Schuldendienst direkt beeinflussen kann, sind es andere von der Gemeinde nicht zu beeinflussende Faktoren, die sich auf die Haushaltslage negativ auswirken. Wie jedes Jahr wieder nenne ich als Beispiel die stetig steigende Kreis- und Schulumlage. Zu Beginn der Legislaturperiode betrug Kreis- und Schulumlage zusammen etwa 4,3 Mio. Euro, jetzt wenden wir dafür 6,23 Mio. Euro auf, also fast 2 Mio. Euro mehr, eine satte Steigerung um über 40 Prozent. Da frage ich mich wirklich, wohin das noch führen soll.

Wie dem auch sei, wir bewegen uns mit dem vorgelegten Haushalt im Rahmen des Konsolidierungskonzepts. Ich bin optimistisch, dass die Gemeinde höchst schon nächstes Jahr bei Fortführung der sparsamen Haushaltspolitik den Haushalt, so wie von der Kommunalaufsicht gefordert, ausgeglichen gestalten kann. Dies ist auch deshalb möglich geworden, weil die Höchster Gemeindevertretung in den letzten Jahren trotz aller

Differenzen wichtige Gebühren- und Steueranpassungen einvernehmlich vorgenommen hat und damit zusammen mit dem Bürgermeister und dem Gemeindevorstand die Weichen in die Richtung Konsolidierung gestellt hat. Der vorgelegte Haushalt bestätigt diesen Kurs. Ich hoffe, dass dieser Kurs auch nach der Kommunalwahl unabhängig von den dann sich bildenden Mehrheiten fortgesetzt werden wird.

Trotz oder wegen dieser vorsichtigen Haushaltsausgabepolitik gelingt es auch im Etat 2016, wichtige kommunalpolitische Vorhaben umzusetzen. Dank der Entwicklung des Steueraufkommens bei der Grundsteuer B - Mehreinnahmen von geschätzt 150000 Euro sind zu erwarten-, der positiven Entwicklung der Schlüsselzuweisungen mit einem Plus von ca. 740.000 Euro bei gleichzeitig weniger stark gesunkenem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist für wichtige Investitionen Platz im Haushalt. Wir begrüßen insbesondere die Sicherstellung des Brandschutzes durch die Neuanschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs (TSF), die Bereitstellung von 185.000 Euro für erste Maßnahmen im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms IKEK, zu nennen sei die Markplatzneugestaltung im Ortsteil Hetschbach, auch die Friedhofstreppe und das Ehrenmal in Mümling-Grumbach und die Renovierung des Fischbrunnens im Höchster Ortskern, wobei aber der Schwerpunkt bei IKEK bei der Erneuerung der Dorfmittelpunkte liegen sollte. Ganz besonders ist die SPD-Fraktion darüber erfreut, dass die geplanten Straßenerneuerungen der Bürgermeister-Heusel-Straße, der Gartenstraße, dem Krautgartenweg sowie den dort vorgesehen Gehwegbau und den damit zusammenhängenden Kanalbauarbeiten Eingang in den Haushalt gefundenen haben. Wir kommen damit unserer Verpflichtung nach, Gemeindeinfrastruktur zu erhalten. Erfreulich ist auch, dass für die römische Villa Haselburg Mittel in Höhe von 20.000 Euro zur Verfügung gestellt wurden. Diese Mittel sollen für die Ausgestaltung und den Bau eines Parkplatzes im Jahr 2017 eingesetzt

werden; wobei diese Gelder in dieser Höhe ja nur eine Anschubfinanzierung darstellen und den Erwerb des Geländes möglich machen sollen. Die Ausgrabungsstätte hat die Gemeinde auch über die Gemeindegrenzen hinaus bekannt gemacht und erfreut sich regem Zuspruch. Sie ist ein wichtiges Kulturgut der Gemeinde und daher auch zu fördern, auch, wenn dem ein oder anderen Gemeindevertreter, dem ein oder anderen Bürger sich dies noch nicht erschließt. Gerade wenn man Tourismus fördern will, muss man in solche besucheranziehenden Örtlichkeiten investieren.

Auch die zur Verfügung gestellten Gelder für die Erneuerung der Außenfassade der Friedhofshalle in Hassenroth und für die Errichtung drei neuer Wartehallen im Bereich Groß-Umstädter-Straße, Himmelsleiter und im Ortsteil Pfirschbach findet unsererseits breite Zustimmung.

Wohlvollend haben wir auch zur Kenntnis genommen, dass im Ergebnishaushalt 6000 Euro für den Einbau von Fenstern im Austausch gegen Glasbausteine in der Mehrzweckhalle Mümling-Grumbach im Rahmen einer Sanierung bereitgestellt werden. Davon versprechen wir uns Einsparungen bei Heizung und die Verringerung der CO2 Emission.

Lassen Sie mich nun zu zwei weiteren Themenschwerpunkten Anmerkungen machen, die sich bisher nicht direkt auf den Etat 2016 ausgewirkt haben, allerdings im Laufe dieses Jahres und auch in den nächsten Jahren haushaltsrelevant werden können und bereits in den vergangenen Ausschusssitzungen oder in der Presse ein Thema waren.

Zum einen wurden im vorliegenden Haushalt das mittlerweile beschlossene kommunale Investitionsprogramm , genannt KIP und damit verbunden mögliche für die Gemeinde zur Verfügung stehende investive Zuschüsse durch den Bund und dem Land noch nicht berücksichtigt, da zum Zeitpunkt

der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2016 der Gemeinde Höchst das Gesetz zur Stärkung der Investitionstätigkeit von Kommunen und Krankenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm noch nicht vollständig beschlossen bzw. veröffentlicht war. Mittlerweile liegen entsprechende Beschlüsse vor.

Das Programm vereint Zahlungen des Landes, des Bundes und einen eigenen Anteil der Kommunen. Die Kommunen entscheiden, was sie benötigen. Möglich etwa sind beispielsweise Investitionen für die Sanierung von Straßen- und Gehwegen und der Bau von Radwegen.

Für den Etat 2016 bedeutet dies zunächst, dass mögliche Investitionen später auch über dieses Programm finanziert werden können. Da das Gesetz ausdrücklich in § 11 Absatz 3 regelt, dass abweichend von der Hessischen Gemeindeordnung eine Nachtragsatzung nicht erforderlich ist und die für die Durchführung der nach diesem Gesetz geförderten Maßnahmen erforderlichen Auszahlungsermächtigungen außerplanmäßig nach § 100 der Hessischen Gemeindeordnung bereitgestellt werden, war eine Berücksichtigung im jetzigen Etat nicht nur nicht notwendig, sondern auch nicht geboten, weil bisher eben nicht feststeht, welche Maßnahmen im Einzelnen als förderungswürdig anzusehen sind und Anträge erst noch zu stellen bzw. zu bearbeiten sind. Nachteile entstehen der Gemeinde dadurch nicht. Antragsverfahren sowie Genehmigungsverfahren sind abzuwarten, Bürgermeister Horst Bitsch hat ja bereits angekündigt, entsprechende Anträge stellen zu wollen.

Wir stimmen daher mit der Argumentation des Bürgermeisters, geäußert im Haupt- und Finanzausschuss, überein: „Gelder, die ich noch nicht habe, kann ich auch noch nicht einplanen.“

Lassen wir uns aber nicht Sand in die Augen streuen: für Höchst sieht das Gesetz zunächst ein Gesamtkontingent von etwas mehr als 1 Million Euro aus dem Landes und Bundeskontingent vor, wobei das Bundeskontingent etwa 780.000 Euro, das Landeskontingent etwa 260.000 Euro beträgt. Ich sage Ihnen, das ist zwar schön, auf der anderen Seite sind zusätzliche Landesmittel in Höhe von 260.000 Euro ein Witz, ein Almosen für unsere Kommune. Immer mehr Aufgaben werden den Kommunen aufgebürdet. Beispielsweise sind ab 1.4 die Kommunen für die Unterbringung der Flüchtlinge direkt verantwortlich. Auch der gesetzliche Auftrag zur Kinderbetreuung ist immer noch nicht ausfinanziert.

Während also immer mehr Aufgaben vom Land zum Kreis und zu den Kommunen verlagert werden, die Steuereinnahmen des Landes dagegen stetig steigen, laut dem Hessischen Statistischen Landesamt von 16,0 Milliarden Euro im Jahr 2011 auf 19.6 Milliarden Euro im Jahr 2015, alleine von 2014 zu 2015 ist eine Steigerung um 1,1 Milliarden Euro zu erwarten, werden den finanzschwachen Kommunen nur die Krümel hingeworfen und das Land tut dann so, als sei das KIP der große Wurf und die Rettung hessischer Kommunen. Wir können dabei schon froh sein, das das Land zur Verfügung gestellte Bundesmittel nicht weiter blockiert und den Kommunen zur Verfügung stellt, alles andere hätte ja auch den Geschmack von „Raubrittertum“. Grundsätzlich kann ich mich aber nur einem Zitat des Vize-Präsidenten des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister von Bad Vilbel, Dr. Thomas Stöhr (übrigens CDU Mitglied) anschließen: „Das Land Hessen wird weiterhin keinen eigenen zusätzlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in den Kommunen einbringen. Allein Bürger und Wirtschaft verkleinern aufgrund höherer Steuereinnahmen die kommunalen Haushaltslöcher, die Bund und Land durch jahrzehntelange Aufgabenübertragung ohne ausreichende Finanzierung gerissen haben.“ Soweit der Bürgermeister von Bad Vilbel Dr. Thomas Stöhr.

Ein zweiter Hinweis sei erlaubt: Die hessische Landes-SPD; an der Spitze Thorsten Schäfer-Gümbel, hat eine Initiative gestartet, damit in Hessen zukünftig die Kindergartenplätze kostenlos angeboten werden können. Finanziert werden soll dies durch die Besserstellung des Landes Hessen bei der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs ab 2020; etwa 600 Millionen werden dann dem Land zusätzlich zur Verfügung stehen. Bis dahin müsse man darüber nachdenken, schon jetzt mit den ersten Schritten zu beginnen und das erste und zweite Kindergartenjahr kostenfrei zu gestalten, so Thorsten Schäfer-Gümbel.

Leider war es bisher, auch nicht im Etat 2016, möglich, kostenfreie Kindergartenplätze in Höchst anzubieten; die kommunalfeindlichen Kürzungen der CDU/Grünen-Landesregierung der letzten Jahre haben dies bisher nicht möglich gemacht. Ich bin mir sicher, dass alle hier vertretenen Parteien in der Höchster Politik sofort die Kostenfreiheit der Kindergärtenplätze beschließen würden, sobald das Land der Gemeinde entsprechende Gelder zur Verfügung stellen würde. Die SPD-Fraktion unterstützt die Forderungen der hessischen Landes-SPD ausdrücklich; dass dies keine Utopie ist, zeigt auch schon das Beispiel aus Baden-Württemberg, wo genau auch die SPD die kostenfreien Plätze in Ihrem Wahlprogramm 2016 fordert und in der nächsten Legislaturperiode durchsetzen will, dort sind übrigens CDU und SPD bei dieser Forderung gar nicht so weit auseinander, anders als in Hessen.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich abschließend sagen, dass meiner Meinung nach die Gemeinde sich auf einem guten Weg befindet. Lassen sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Andreas Richter, SPD-Fraktionsvorsitzender